

# SPD demokratischer pressediens

P/XXIX/40

27. Februar 1974

Der Appell an die Vernunft

Feststellungen zum Beschluß über die Geschwindigkeitsbegrenzung

Seite 1 / 34 Zeilen

Seltene Empfehlungen eines "Experten"

Der Mainzer CDU-Innenminister und das Tempolimit

Von Herbert Bermeitinger  
Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Rheinland-Pfalz

Seite 2 und 3 / 46 Zeilen

Zur Diskussion gestellt:

Arbeitsplatz Schule muß menschlicher werden

Von Elisabeth Nill MdL  
Vorstandmitglied der SPD-Landtagsfraktion von  
Baden-Württemberg

Seite 4 bis 6 / 101 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Hausallee 2-10  
Postfach: 120-408  
Pressehaus I, Zimmer 217-224

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg

Der Appell an die Vernunft

Feststellungen zum Beschluß über die Geschwindigkeitsbegrenzung

Die neue Regelung zur Höchstgeschwindigkeitsbeschränkung entspricht der Vernunft. Und es ist höchste Zeit, daß in dieser Frage jetzt auch in den Köpfen wieder Mäßigkeit und sachliche Beurteilung Platz greift, die aus der Bekämpfung eines Tempolimits nahezu eine Weltanschauung gemacht haben. Die "Washington Post" hielt es für angebracht, zur Beschreibung dieses Zustandes davon zu sprechen, daß das Verhältnis vieler Westdeutscher zu ihrem Auto "eine Mythische" Grenze. Und die "New York Times" wunderte sich in offenem Sarkasmus über eine Bevölkerung, die sich im November im Zusammenhang mit der Treibstoffknappheit so diszipliniert verhalten habe, jetzt aber rebelliere, wenn es um die Beschränkung der Fahrtgeschwindigkeit gehe, um vor allem auch Menschenleben zu retten.

Es wäre töricht, wenn man sich nicht bemühte, auch und gerade in einer solchen einschneidenden Frage, wie es ein Tempolimit nun einmal ist, sorgfältigst alles Für und Wider zu erörtern und zu berücksichtigen. Man kann dem zuständigen Bundesverkehrsminister weißgott nicht unterstellen, daß er sich diese Mühe nicht gegeben hätte.

Der Beschluß des Kabinetts zieht das Fazit und konfrontiert uns alle, nicht nur die Kraftfahrer, mit dem Appell an die Vernunft. Vor diesem Appell müssen wir jetzt bestehen, weil wir - und auch deshalb wurden die beiden amerikanischen Zeitungen zitiert! - aufpassen müssen, daß wir unser Gesicht nicht vor einer Welt verlieren, die uns aufmerksamer beobachtet, als das manchen der Schreihülse der letzten Tage und Wochen hinterher recht sein mag.

Vielleicht wäre es, in unser aller Interesse, der Mühe wert, alle Äußerungen, die in dieser Zeit die Medien zum Kampf gegen das Tempolimit in Anspruch genommen haben, penibel zusammenzutragen und sachkundig zu analysieren. Die Veröffentlichung einer solchen Analyse könnte heilsame Wirkung ausüben. Möglicherweise ergäbe sich dabei auch ein Antwortüberblick zu der immer lauter werdenden Frage, wer denn eigentlich für wen spricht oder vielmehr glaubt, sprechen zu können.

(ee/27.2.1974/ks/ee)

+ + +

Seltene Empfehlungen eines "Experten"

Der Mainzer CDU-Innenminister und das Tempolimit

Von Herbert Bermeitinger

Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Rheinland-Pfalz

Dies meldeten die Nachrichten-Agenturen am 17. Januar dieses Jahres aus Bonn und am 18. Januar stand es so in den Zeitungen zwischen Flensburg und Lörrach: "Der rheinland-pfälzische Innenminister und Vorsitzende der Innenminister-Konferenz, Heinz Schwarz (CDU), forderte die Bundesregierung auf, verkehrsgerechte Lösungen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit zu suchen und nicht von einer Tempobegrenzung allein Wunder zu erwarten. Wenn man sich für ein Tempolimit entscheide, dann müsse es bei einer Geschwindigkeit liegen, die von der Masse der Pkw-Fahrer regelmäßig gefahren werde, also bei 120 Kilometer in der Stunde."

Mit diesen Äußerungen lieferte der derzeitige Vorsitzende der Innenminister-Konferenz der Länder fraglos einen Diskussionsbeitrag, der in die Landschaft paßte: Erstens verlangte er - ohne an die Energiekrise zu erinnern - nach "verkehrsgerechten Lösungen" zur Verbesserung der Sicherheit auf unseren Straßen, zweitens empfahl er folgerichtig, von einer Tempobegrenzung allein kein Wunder zu erwarten. Der Hinweis, daß eine Begrenzung der Geschwindigkeit in einem Bereich liegen müsse, der von den meisten regelmäßig gefahren wird, also bei 120 km/h, hatte einen sachlichen, ernsthaften Hintergrund. Es schien, als hätte der Vorsitzende der Innenminister-Konferenz, über seine Vorschläge nicht nur nachgedacht, sondern auch Experten befragt.

Nur, nachdem gewisse Kreise die Frage der Tempobegrenzung zum parteipolitischen, ja zum ideologischen "Dollpunkt" hochgeputscht haben, interes-

siert den CDU-Innenminister aus Mainz nicht nur keine Statistik mehr, sondern noch nicht einmal sein eigener Vorschlag.

Am 22. Februar plötzlich, um auch noch den Weg in die Nachrichtensendungen und Zeitungen zu finden, erklärte der gleiche Innenminister der staunenden Öffentlichkeit plötzlich, er verlange die sofortige Aufhebung der Tempobegrenzung auf Autobahnen "aus rechtlichen und politischen Gründen". Die von Bundesverkehrsminister Dr. Lauritz Lauritzen zitierten statistischen Werte über einen möglichen Rückgang der Unfallopfer waren für den CDU-Politiker Schwarz plötzlich nur noch ein "Übler Trick", und die vielerorts vertretene Alternative "Profit oder Menschenleben" war für den Christen Schwarz gar nur noch ein "demagogischer Kallewau".

Wer hier der Demagoge aber wirklich ist, zeigte Schwarz selbst an seinem Beispiel. Der Mann, der vier Wochen zuvor noch zu der Auffassung gekommen war (auf Grund welcher Sachinformationen wohl?), ein Tempolimit müsse dort liegen, wo die Masse der Fahrer sich eingewöhnt hätten, also bei 120 km/h, nannte die Überlegungen des Bundesverkehrsministers, bei Autobahnen auf Tempo 120 zu gehen, plötzlich "vollkommen willkürlich". Überdies, so Schwarz, seien Tempolimits bei 100 oder 120 Kilometern pro Stunde auch "medizinisch-psychologisch der falsche Weg."

Er widersprach sich also selbst, denn sein Hinweis auf Tempo 120 am 17. Februar hatte der seltsame Polizeifachmann aus Mainz ausdrücklich medizinisch-psychologisch begründet. Dieser agitatorisch bestimmte Stil in der Auseinandersetzung um eine wichtige Sachfrage ist eines Vorsitzenden einer bundesweiten Minister-Konferenz schlichtweg unwürdig.

(-/27.2.1974/ks/ee)

+ + +

Zur Diskussion gestellt:

Arbeitsplatz Schule muß menschlicher werden

Von Elisabeth Will MdL

Vorstandemitglied der SPD-Landtagsfraktion von Baden-Württemberg

Die baden-württembergische Kulturpolitikerin stellt Vorschläge für einen "menschlicheren Arbeitsplatz Schule" zur Diskussion. Frau Will legt ihre Ansichten in Thesenform vor.

I. Zur Situation in Baden-Württemberg

1/ Starre Bildungsgänge mit einseitigen Ausleseverfahren engen den jungen Menschen individuell und begabungsmäßig ein - oder sie fordern ihn nicht. Ein weiteres Grundübel: die starre Trennung von Theorie und Praxis und die fehlende Abstimmung auf entwicklungspsychologische Erkenntnisse. Das Ergebnis: eine verbreitete Schulmüdigkeit und eine überdurchschnittlich hohe Zahl von Schulabbrechern, die wir uns weder menschlich noch gesellschaftlich noch volkswirtschaftlich leisten können.

2/ Eine verwaltete Schule mit hierarchischen Strukturen läßt nur eine "Sandkastendemokratie" zu. Sie hemmt den Erzieher in seiner Freiheit und im Bemühen, zur Freiheit zu erziehen. Eine Reform, die diesen Namen verdient, ist ohne Demokratisierung nicht möglich. Obrigkeitstaatliche Schulpolitik per Erlass tötet die Initiative an der Basis.

3/ Rivalität am falschen Platz und fehlende Kooperation zwischen Lehrern kennzeichnen nur zu häufig das Arbeitsklima der Schulen. Unser Drei-Klassen-Schulsystem trägt dazu bei. Die Schwierigkeiten gewinnen exemplarische Deutlichkeit beim Problem "Orientierungsstufe". Es liegt auf der Hand, daß unsere 11- und 12jährigen Kinder nur dann ernsthaft gefördert werden können, wenn alle Lehrer des 5. und 6. Schuljahres kooperieren und wenn Lehrinhalte, Lehrmethoden und pädagogische Gesichtspunkte aufeinander abgestimmt sind.

4/ Das Verhalten unserer Schüler wird viel zu stark durch Notenbelohnung und Prüfungserfolge gesteuert. Schulabbrecher werden vielfach nur noch als Berechtigungenachweis für eine gehobene soziale Stellung und finanzielle Ansprüche verstanden.

5/ Im ländlichen Bereich wie in Arbeiterwohngebieten wird die Schulsituation besonders eklatant, da sich hier viele Negativfaktoren anhäufen: Überfüllte Klassen, Frontalunterricht, ungesicherter und auf dem Land weiter Schulweg, Hausaufgabenpraxis und bildungsfernes Elternhaus. Kein Wunder, daß sich hier oft noch zusätzlich eine Entfremdung zwischen Kind

und Eltern ergibt. Dies sind Tatsachen, die die SPD-Landtagsfraktion besonders gründlich herausgearbeitet hat.

6/ Ein demokratischer Erziehungsstil ist in unserer Gesellschaft weitgehend noch nicht gefunden. Weithin gilt unbewußt das Ideal der Vatergesellschaft, d.h. für die Schule: die Lehrerschule. Teilweise führt auch konzeptionelle Hilflosigkeit in Erziehungsfragen bei Lehrern und Eltern zu einem Treibenlassen, das dann fälschlicherweise als modern oder fortschrittlich bezeichnet wird.

7/ Dem entsprechen unsere Schulbauten: Weit häufiger treffen wir Schulfabriken oder Monoratiorendenkmäler an als Schulen, in denen das Kind sich heimisch fühlen kann.

8/ Der Schulweg stellt gerade im ländlichen Raum eine oft mehrstündige tagtägliche und kräftersubende Belastung dar. Er ist häufig gekennzeichnet durch schlechte Verbindungen, überfüllte Verkehrsmittel und Unsicherheit. Zu alledem entspricht seine Finanzierung eher dem Prinzip der Dreiklassengesellschaft als dem der sozialen Gerechtigkeit.

9/ Die Union des Landes sieht Bildungsreform - bestenfalls - als ein technokratisches Manöver. Als Nebelwerfer werden in diesem Manöver eingesetzt: verbale Reformäußerungen, hochgelobte Mini-Reformchen, Pseudoreformen. Diese halten Lehrer, Eltern und Schüler in Atem, z.B. der eine schulfreie Samstag im Monat, die Mengenlehre, die schulformabhängige Orientierungsstufe usw. Motto: Wir werden die Lehrer schon (reform-)müde kriegen!

10/ Die Eltern werden mit einer der schwierigsten Aufgaben in unserer Welt, der Kindererziehung, völlig alleingelassen. Wo sollen künftige Eltern auf ihre künftige Erziehungsaufgabe vorbereitet werden, wenn nicht bereits in der Schule? Wie sollen sie sonst je lernen, die Umwelt zugunsten ihrer Kinder zu verändern?

## II. Ansatzpunkte für einen menschlicheren Arbeitsplatz Schule

1/ Wir müssen uns klar darüber sein: Die Änderung muß von unten und innen erfolgen. Progressive Erlasse allein machen keine demokratische Schule.

2/ Die Konsequenz: Eine Schule, die sich weitgehend selbst steuert. Anders ausgedrückt: Die Mitbestimmung der Lernenden ist eine Voraussetzung

für deren Motivation.

3/ Daher muß die Sachkompetenz der Lehrer um die Sozialkompetenz erweitert werden, mehr als bisher! Dies hat Konsequenzen für Lehrerbildung und -fortbildung, die hier aus Platzmangel nicht erörtert werden können. Nur zwei Stichworte: Baukastensystem und Verbindung mit der Praxis.

4/ Entsprechend ist die Erwachsenenbildung zu gestalten: auch Eltern müssen lernen zu erziehen, zu initiieren, mitzubestimmen.

5/ Mit der kompensatorischen Erziehung ist anzufangen: zunächst und vorrangig im Elementar- und Primarbereich (Binnendifferenzierung und Förderunterricht).

6/ Wir brauchen einen "Überschuß an Bildung", denn erst dieser läßt Selbstverwirklichung zu. Das System mit variablen und gestuften Abschlüssen, das dazu notwendig ist, heißt Gesamtschule.

7/ Technisierung, Reizüberflutung und Kommerzialisierung dürfen nicht nur hingenommen werden. Neue Techniken des geistigen Arbeitens, wie das Autogene Training - um nur eine zu nennen -, sind anzubieten, auch in der Schule.

8/ Gerade die schwierige Zeit der Pubertät erfordert manchmal einen Szenenwechsel. Hier bietet sich der Bezug zur Praxis an, z.B. in zusammenhängenden Praktika.

9/ Das Schulgebäude muß Lernheimat der Schüler sein, im ländlichen Raum aber auch unbedingt Bildungszentrum für Erwachsene. Eine Planung von Neubauten und Umbauten muß im Zusammenwirken aller Beteiligten erfolgen.

10/ Der Schulweg kann nicht abgeschafft werden. Er ist aber gerechter zu finanzieren und in ein langfristiges Nahverkehrskonzept einzubinden. Auch eine größere Sicherheit ist machbar.

### III. Welche Strategie bis 1976?

Es gilt, die Bildungspolitik der Union ad absurdum zu führen. Aktionen wie "Kleine Klasse" u.ä. sind zu unterstützen. Der steinige Boden der CDU-Reformdate muß gelockert werden, indem wir das Bewußtsein der Bürger wecken, indem wir ihre Bedürfnisse abprechen mit überschaubaren, realisierbaren und überzeugenden Konzepten. Diese müssen bringen: Mehr Menschlichkeit in der Schule, bessere Erziehung zu einem freieren Leben und vor allem Lebensqualität für unsere Kinder heute, den Erwachsenen von morgen.

(~/27.2.1974/bgy/ee)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Erhardt Eckert